

Bundesgesetzblatt

151

Teil II

1953	Ausgegeben zu Bonn am 8. Juli 1953	Nr. 10
Tag	Inhalt:	Seite
26. 6. 53	Gesetz über den Auslieferungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich	151

Gesetz über den Auslieferungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich.

Vom 26. Juni 1953.

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem am 29. November 1951 in Paris unterzeichneten Auslieferungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich wird einschließlich des Briefwechsels zwischen dem Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland in Paris und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Französischen Republik vom 28. und 29. November 1951 zugestimmt.

Artikel 2

Der Auslieferungsvertrag wird nachstehend mit Gesetzeskraft veröffentlicht. Der Tag, an dem er nach Artikel 25 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Artikel 3

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 26. Juni 1953.

Der Bundespräsident
Theodor Heuss

Der Bundeskanzler
und Bundesminister des Auswärtigen
Adenauer

Der Bundesminister der Justiz
Dehler

Auslieferungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Französischen Republik haben den Wunsch, die Auslieferung von straffälligen Personen durch Vertrag zu regeln. Zu diesem Zweck haben sie die Unterzeichneten in gehöriger Form zu ihren Bevollmächtigten ernannt. Diese haben Nachstehendes vereinbart:

Artikel 1

Die Vertragschließenden verpflichten sich gegenseitig, nach Maßgabe der nachstehenden Artikel einander Personen auszuliefern, welche von den Justizbehörden des ersuchenden Staates verfolgt oder zum Zwecke der Vollstreckung einer gerichtlich erkannten Strafe oder Maßregel der Sicherung gesucht werden.

Artikel 2

Nicht ausgeliefert werden Personen, deren Auslieferung nach den Gesetzen des ersuchten Staates verboten ist.

Jeder der Vertragschließenden verpflichtet sich jedoch:

1. die Strafverfolgung dieser Personen zu übernehmen, wenn sie in dem Gebiet des anderen Staates Handlungen begangen haben, die nach dem Recht beider Staaten Verbrechen oder Vergehen sind.

Die die Sache betreffenden Akten, Urkunden, Gegenstände und Auskünfte werden kostenfrei auf diplomatischem Wege übermittelt. Übersetzungen sind nicht erforderlich.

2. Personen, um deren Auslieferung der andere Staat ersucht, die Verleihung der Staatsangehörigkeit zu verweigern, soweit die Gesetze es zulassen.

Artikel 3

Ausgeliefert werden:

1. Personen, welche wegen eines Verbrechens oder Vergehens verfolgt werden, das nach den Gesetzen der Vertragschließenden mit einer Höchststrafe von mindestens einem Jahre Gefängnis bedroht ist.
2. Personen, gegen welche wegen eines nach dem Gesetz des ersuchten Staates strafbaren Verbrechens oder Vergehens in Anwesenheit oder in Abwesenheit von den Gerichten des ersuchenden Staates
 - a) eine Strafe von mindestens drei Monaten Gefängnis oder eine Maßregel der Sicherung mit Freiheitsentziehung von mindestens sechs Monaten erkannt worden ist, oder
 - b) Strafen verhängt worden sind, die zusammen gerechnet mindestens drei Monate betragen, unter der Voraussetzung, daß wenigstens eine der begangenen strafbaren Handlungen nach den Gesetzen der Vertragschließenden mit einer Höchststrafe von mindestens einem Jahre Gefängnis bedroht ist.

Artikel 4

Die Auslieferung wird nicht bewilligt, wenn die strafbare Handlung, wegen deren sie beantragt ist, von dem ersuchten Staat nach den Umständen, unter denen sie begangen wurde, als politische oder als solche Straftat angesehen wird, die begangen worden ist, um eine politische Tat vorzubereiten, durchzuführen, die Vorteile einer solchen zu sichern, die Bestrafung wegen einer solchen zu verhindern oder ihre Begehung abzuwehren.

Convention d'Extradition entre la France et la République Fédérale d'Allemagne

Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République Française, désirant régler, d'un commun accord, les questions relatives à l'extradition des malfaiteurs, ont désigné à cet effet les soussignés comme leurs Plénipotentiaires, dûment autorisés, lesquels sont convenus des dispositions suivantes:

Article 1er

Les Parties Contractantes s'engagent réciproquement à se livrer, selon les règles et sous les conditions déterminées par les articles suivants, les individus qui sont poursuivis ou recherchés aux fins d'exécution d'une peine ou d'une mesure de sûreté, par les autorités judiciaires de l'Etat requérant.

Article 2

Ne seront pas extradées les personnes dont l'extradition n'est pas autorisée par les lois de l'Etat requis.

Toutefois, chaque Partie Contractante s'engage:

- 1^o) à exercer des poursuites contre ces personnes lorsqu'elles auront commis sur le territoire de l'autre Etat des infractions punies comme crimes ou délits dans les deux Etats.

Les dossiers, documents, objets et informations, relatifs à l'infraction, seront adressés gratuitement par la voie diplomatique. Des traductions ne seront pas requises.

- 2^o) à refuser de conférer la qualité de ressortissant national aux individus faisant l'objet d'une demande d'extradition de la part de l'autre Etat, dans la mesure où la loi le permet.

Article 3

Seront sujet à extradition:

- 1^o) les individus qui sont poursuivis pour des crimes ou délits punis par les lois des Parties Contractantes d'une peine d'au moins un an d'emprisonnement;
- 2^o) les individus qui, pour des crimes ou délits punis par la loi de l'Etat requis, sont condamnés contradictoirement ou par défaut par les Tribunaux de l'Etat requérant:
 - a) à une peine d'au moins trois mois d'emprisonnement ou à une mesure de sûreté privative de liberté durant au moins six mois, ou bien:
 - b) à des peines dont le total est d'au moins trois mois d'emprisonnement, à condition que l'une des infractions commises soit punie par les lois des Parties Contractantes d'une peine d'au moins un an d'emprisonnement.

Article 4

L'extradition ne sera pas accordée si l'infraction pour laquelle elle est demandée est considérée par la Partie requise, d'après les circonstances dans lesquelles elle aura été commise, comme une infraction politique ou comme un fait commis pour préparer une telle infraction, l'exécuter, en assurer le profit, en procurer l'impunité, ou commis en vue de s'opposer à l'accomplissement d'une infraction politique.

Als politische Straftat wird nicht angesehen:

1. eine strafbare Handlung, zu deren Verfolgung die Vertragschließenden auf Grund internationaler Vereinbarungen verpflichtet sind,
2. ein Angriff gegen das Leben eines Staatsoberhauptes oder eines Mitglieds der Regierung.

Der politische Charakter einer strafbaren Handlung steht grundsätzlich der Auslieferung nicht entgegen, wenn es sich um einen nicht im offenen Kampfe begangenen Angriff auf das Leben handelt.

Artikel 5

Die Auslieferung wird nicht bewilligt, wenn die strafbare Handlung, wegen deren sie beantragt ist, ausschließlich in der Verletzung militärischer Pflichten besteht.

Artikel 6

Wegen Zuwiderhandlungen gegen Abgaben-, Steuer-, Zoll- und Devisengesetze erfolgt eine Auslieferung nach diesem Vertrag insoweit, als dies im Einzelfalle durch Notenwechsel bestimmt wird.

Artikel 7

Die Auslieferung kann abgelehnt werden:

1. wenn die strafbare Handlung, wegen deren sie beantragt ist, in dem ersuchten Staat begangen wurde;
2. wenn die strafbare Handlung in dem ersuchten Staat Gegenstand einer Strafverfolgung ist oder in einem dritten Staat über sie entschieden worden ist.

Die Auslieferung wird abgelehnt:

1. wenn über die strafbare Handlung in dem ersuchten Staat rechtskräftig entschieden worden ist,
2. wenn nach dem Recht des ersuchenden Staates die Strafverfolgung nur auf Antrag des Verletzten zulässig ist und dieser Antrag fehlt,
3. wenn nach dem Recht des ersuchenden oder des ersuchten Staates die Verjährung der Strafverfolgung oder der Strafvollstreckung eingetreten ist,
4. wenn in dem ersuchenden Staat ein Straffreiheitsgesetz ergangen ist und der ersuchte Staat mit Sicherheit feststellen kann, daß dieses im gegebenen Falle Anwendung findet, oder wenn in dem ersuchten Staat ein solches Gesetz ergangen ist und die strafbare Handlung in diesem Staat hätte verfolgt werden können.

Artikel 8

Das Auslieferungsersuchen ergeht auf diplomatischem Wege.

Ihm sind ein vollstreckbares, auf Strafe lautendes Urteil, ein Haftbefehl oder eine andere gleichwertige Verfügung einer Gerichtsbehörde beizufügen. Diese Urkunden müssen eine genaue Angabe der Tat, auf die sie sich beziehen, einschließlich des Zeitpunkts und des Orts ihrer Begehung enthalten.

Die obengenannten Unterlagen sind in Urschrift oder in Ausfertigung vorzulegen. Soweit möglich, sind die Angaben zur gesuchten Person, deren Staatsangehörigkeit und die Personalbeschreibung mitzuteilen. Eine Wiedergabe des Sachverhalts und eine Abschrift des Wortlauts des anzuwendenden Strafgesetzes sind anzuschließen.

Artikel 9

Auf unmittelbaren Antrag der Justizbehörden des ersuchenden Staates wird der Verfolgte vorläufig in Haft genommen, wenn zu befürchten ist, daß er sich der Auslieferung entziehen oder die Ermittlung der Wahrheit erschweren wird.

Ne sera pas réputée infraction politique:

- 1°) celle que les Parties Contractantes ont l'obligation de poursuivre en vertu de conventions internationales;
- 2°) l'attentat à la vie d'un Chef d'Etat ou d'un membre du Gouvernement.

Le caractère politique de l'infraction ne fera pas de plein droit obstacle à l'extradition des lors qu'il s'agit d'un attentat à la vie, non commis en combat ouvert.

Article 5

L'extradition ne sera pas accordée si l'infraction pour laquelle elle est demandée consiste uniquement dans la violation d'obligations militaires.

Article 6

En matière de taxes et impôts, de douane, de change, l'extradition sera accordée, selon la présente Convention, dans la mesure où il aura été ainsi décidé par simple échange de lettres, dans chaque cas particulier.

Article 7

L'extradition pourra être refusée:

- 1°) si les infractions en raison desquelles elle est demandée ont été commises dans l'Etat requis;
- 2°) si les infractions font l'objet de poursuites dans l'Etat requis ou ont été jugées dans un Etat tiers.

L'extradition sera refusée:

- 1°) si les infractions ont été jugées définitivement dans l'Etat requis;
- 2°) lorsque les poursuites ne sont possibles, d'après la loi de l'Etat requérant, qu'à la demande de la victime et que pareille demande fait défaut;
- 3°) si la prescription de l'action ou de la peine est acquise d'après la législation de l'Etat requérant ou de l'Etat requis;
- 4°) lorsqu'une amnistie est intervenue dans l'Etat requérant et que l'Etat requis peut établir d'une façon certaine que cette mesure est à appliquer en l'espèce ou lorsqu'une amnistie est intervenue dans l'Etat requis et que l'infraction aurait pu être poursuivie dans cet Etat.

Article 8

La demande d'extradition sera adressée par la voie diplomatique.

Elle sera accompagnée, soit d'un jugement ou d'un arrêt de condamnation, exécutoire, soit d'un mandat d'arrêt ou de tout autre acte ayant la même force et décerné par l'autorité judiciaire. Ces documents devront contenir l'indication précise des faits pour lesquels ils sont délivrés et de la date et du lieu de ces faits.

Les pièces ci-dessus mentionnées devront être produites en original ou en expédition authentique. Dans toute la mesure du possible, l'état civil de l'individu réclamé, sa nationalité et son signalement seront indiqués. Un exposé des faits et la copie des textes de lois applicables seront joints.

Article 9

A la demande directe des autorités judiciaires de l'Etat requérant, il sera procédé à l'arrestation provisoire de l'individu recherché, lorsqu'il y a lieu de craindre qu'il ne se soustraie à l'extradition ou ne rende plus difficile la manifestation de la vérité.

Hierzu genügt eine einfache Mitteilung, welche in schriftlicher oder sachlich gleichwertiger Form auf das Vorhandensein einer der in Absatz 2 des vorstehenden Artikels genannten Urkunden hinweist.

Der Antrag ist gleichzeitig auf dem diplomatischen Wege zu bestätigen.

Der ersuchende Staat wird unverzüglich von der vorläufigen Verhaftung oder den Gründen, wegen deren diese nicht hat erfolgen können, unterrichtet.

Artikel 10

Die vorläufige Auslieferungshaft kann aufgehoben werden, wenn der ersuchten Regierung nicht binnen zwanzig Tagen seit der Verhaftung eine der in Artikel 8 Abs. 2 genannten Urkunden zugegangen ist.

Diese Frist verlängert sich auf zwei Monate, wenn der Antrag von einer außerhalb Europas befindlichen Justizbehörde ausgeht.

Die Freilassung des vorläufig Verhafteten steht einer Verhaftung und Auslieferung nach Eingang eines Auslieferungsersuchens nicht entgegen.

Artikel 11

Sind ergänzende Auskünfte unerlässlich, um dem ersuchten Staat die Überzeugung von dem Vorliegen der nach diesem Abkommen erforderlichen Voraussetzungen zu verschaffen, so wird der ersuchte Staat, falls der Mangel behoben werden kann, vor einer Ablehnung des Ersuchens den ersuchenden Staat auf dem diplomatischen Wege unterrichten. Der ersuchte Staat kann für die Behebung des Mangels eine Frist setzen.

Artikel 12

Wird die Auslieferung gleichzeitig von mehreren Staaten, sei es wegen derselben, sei es wegen einer anderen Tat, beantragt, so entscheidet der ersuchte Staat frei unter Berücksichtigung aller Umstände des Falles, namentlich der Möglichkeit einer Weiterlieferung zwischen den ersuchenden Staaten, des Zeitpunkts der einzelnen Ersuchen, der Schwere der strafbaren Handlungen und des Orts ihrer Begehung.

Artikel 13

Im Rahmen eines Auslieferungsverfahrens übergeben die Behörden der Vertragschließenden einander auf Antrag die Gegenstände,

1. welche als Beweisstücke dienen können,
2. welche eine Person, die ausgeliefert wird, oder ihr Teilnehmer außerhalb des ersuchten Staates durch die strafbare Handlung unmittelbar oder als Entgelt für solche Gegenstände erlangt hat,

selbst wenn diese Gegenstände der Beschlagnahme oder Einziehung in dem ersuchten Staat unterliegen.

Die Gegenstände sind, soweit möglich, bei der Auslieferung zu übergeben.

Soweit die Gegenstände später aufgefunden werden, sind sie unverzüglich zu übergeben.

Die Herausgabe erfolgt auch dann, wenn die bereits bewilligte Auslieferung wegen des Todes oder der Flucht der gesuchten Person nicht möglich ist.

Unberührt bleiben die Rechte Dritter an den genannten Gegenständen. Diese sind, wenn solche Rechte bestehen, nach Abschluß des Verfahrens unverzüglich kostenfrei an den ersuchten Staat zurückzugeben, es sei denn, daß dieser darauf verzichtet.

Der um die Herausgabe der Gegenstände ersuchte Staat kann diese vorübergehend zur Durchführung eines Strafverfahrens zurückbehalten oder sie unter der Bedingung der Rückgabe zum gleichen Zweck und mit der gleichzeitigen Verpflichtung übermitteln, sie seinerseits wieder zurückzugeben, sobald dies möglich ist.

A cet effet, un simple avis suffira, laissant une trace écrite ou matériellement équipollente de l'existence d'une des pièces indiquées au 2me alinéa de l'article précédent.

Cette demande devra être, en même temps, confirmée par la voie diplomatique.

L'Etat requérant sera informé de l'arrestation provisoire ou des motifs pour lesquels il n'a pu y être procédé.

Article 10

Il pourra être mis fin à l'arrestation provisoire si, dans le délai de 20 jours après l'arrestation, le Gouvernement requis n'a pas été saisi de l'un des documents mentionnés au 2me alinéa de l'article 8.

Ce délai est porté à deux mois, si la demande émane d'une autorité judiciaire hors d'Europe.

La mise en liberté ne s'oppose pas à l'arrestation et à l'extradition, si la demande d'extradition parvient ultérieurement.

Article 11

Lorsque des renseignements complémentaires lui seront indispensables pour s'assurer que les conditions requises par la présente Convention sont réunies, l'Etat requis, dans le cas où l'omission pourrait être réparée, avertira l'Etat requérant, par la voie diplomatique, avant de rejeter la demande. Un délai pourra être fixé par l'Etat requis pour la régularisation.

Article 12

Si l'extradition est demandée concurremment par plusieurs Etats, soit pour les mêmes faits, soit pour des faits différents, l'Etat requis statuera librement, compte tenu de toutes circonstances de fait et notamment de la possibilité d'une extradition ultérieure entre les Etats requérants, des dates respectives des demandes, de la gravité relative et du lieu des infractions.

Article 13

Dans une procédure d'extradition, les autorités des Parties Contractantes se remettront, sur demande, les objets:

- 1°) qui pourront servir de pièces à conviction;
- 2°) qu'un individu extradé, ou son complice, se sera procurés par l'infraction, en dehors du territoire de l'Etat requis, ou qu'il se sera procurés en contrepartie en dehors dudit territoire,

et cela, même dans le cas où lesdits objets seraient passibles de saisie ou de confiscation dans l'Etat requis.

Ces objets seront, autant que faire se pourra, remis lors de l'extradition.

Si ces objets sont découverts ultérieurement, ils seront remis aussitôt que possible.

La remise sera effectuée, même dans le cas où l'extradition déjà accordée ne pourrait avoir lieu par suite de la mort ou de l'évasion de l'individu réclamé.

Seront toutefois réservés les droits que des tiers auraient acquis sur les objets en question. Si de tels droits existent, les objets devront, le procès terminé, être rendus, le plus tôt possible et sans frais, à l'Etat requis, à moins que celui-ci n'y renonce.

L'Etat auquel la remise de ces objets aura été demandée, pourra les garder temporairement pour une instruction criminelle, ou bien il pourra les transmettre sous condition de restitution dans le même but, en s'engageant à les renvoyer à son tour dès que faire se pourra.

Artikel 14

Der ersuchte Staat teilt dem ersuchenden Staat seine Entscheidung über das Auslieferungersuchen auf dem diplomatischen Wege mit.

Die Ablehnung oder teilweise Ablehnung ist zu begründen.

Wird dem Ersuchen stattgegeben, so ist der ersuchende Staat von dem Ort und dem Zeitpunkt der Auslieferung in Kenntnis zu setzen.

Mangels anderweitiger Vereinbarung wird der Auszuliefernde von dem ersuchten Staat an dem Ort der Landesgrenze ausgeliefert, den der Leiter der diplomatischen Vertretung des ersuchenden Staates bezeichnet.

Außer im Falle höherer Gewalt hat der ersuchende Staat den Auszuliefernden innerhalb von zwei Wochen nach dem gemäß Absatz 3 dieses Artikels bestimmten Zeitpunkt durch seine Beamten in Empfang zu nehmen. Nach Ablauf dieser Frist wird der Beschuldigte auf freien Fuß gesetzt. Seine Auslieferung kann wegen derselben Tat nicht erneut verlangt werden. Der ersuchende Staat hat alle entstandenen Kosten zu ersetzen. Die Voraussetzungen für den Eintritt dieses Falles stellt der ersuchte Staat fest.

Artikel 15

Wenn die gesuchte Person wegen einer anderen strafbaren Handlung, als sie dem Auslieferungersuchen zugrunde liegt, in dem ersuchten Staat verfolgt wird oder verurteilt worden ist, muß der ersuchte Staat gleichwohl über das Auslieferungersuchen entscheiden. Die Übergabe des Verfolgten kann aufgeschoben werden, bis dem Strafanspruch des ersuchten Staates genügt ist.

Diese Bestimmung steht der vorübergehenden Übergabe des Verfolgten zum Zwecke der Strafverfolgung durch den ersuchenden Staat nicht entgegen. Der Verfolgte muß zurückgeliefert werden, sobald die Gerichtsbehörden des ersuchenden Staates entschieden haben, es sei denn, daß nachträglich auf die Zurücklieferung verzichtet wird.

Artikel 16

Der Ausgelieferte kann wegen einer vor der Auslieferung begangenen und nicht Gegenstand des Auslieferungersuchens bildenden strafbaren Handlung weder verfolgt noch verurteilt werden. Unberührt hiervon bleiben Maßnahmen, die nach dem Recht des ersuchenden Staates erforderlich sind, um die Voraussetzungen für die Ausdehnung der Auslieferung herbeizuführen oder die Verjährung zu unterbrechen. In keinem Fall darf der Ausgelieferte durch irgendeine Maßnahme in seiner Freiheit beschränkt werden.

Die einschränkenden Bestimmungen des Absatzes 1 finden keine Anwendung, wenn

1. der Ausgelieferte nach Ablauf von dreißig Tagen nach seiner Wiederfreilassung im Gebiet des Staates festgenommen wird, welcher die Auslieferung erlangt hatte, unter der Voraussetzung, daß das Verlassen dieses Gebietes ihm möglich war;
2. der Staat, der ihn ausgeliefert hat, der Ausdehnung der Auslieferung zustimmt. Der Ausdehnung ist zuzustimmen, wenn die Tat, wegen deren sie beantragt wird, nach diesem Vertrage ohne Berücksichtigung der in Artikel 3 bestimmten Strafhöhen eine Verpflichtung zur Auslieferung begründen würde. Jedem Ersuchen um Zustimmung ist außer den in Artikel 8 Abs. 2 vorgesehenen Unterlagen ein gerichtliches Protokoll über die Erklärung des Ausgelieferten zu der Ausdehnung der Auslieferung beizufügen, aus dem auch ersichtlich ist, daß er Gelegenheit hatte, einen Schriftsatz zu seiner Verteidigung an die Behörden des ersuchten Staates zu richten.

Erfährt die Tat im Laufe des Verfahrens eine andere rechtliche Würdigung, so kann der Ausgelieferte nur insoweit verfolgt oder bestraft werden, als auch unter dem neuen rechtlichen Gesichtspunkt die Auslieferung zulässig wäre.

Article 14

L'Etat requis fera connaître à l'Etat requérant, par la voie diplomatique, sa décision sur l'extradition.

Tout rejet complet ou partiel sera motivé.

En cas d'acceptation, l'Etat requérant sera informé du lieu et de la date de la remise.

Faute d'accord, l'individu extradé sera conduit par les soins de l'Etat requis au lieu de la frontière commune, tel que le désignera le Chef de la Mission diplomatique de l'Etat requérant.

Sauf cas de force majeure, l'Etat requérant faire recevoir l'individu à extradier, pas ses agents, dans un délai de deux semaines à compter de la date déterminée, conformément aux dispositions du troisième alinéa du présent article. Passé ce délai, l'individu sera mis en liberté et ne pourra plus être réclamé pour le même fait. L'Etat requérant remboursera tous les frais. Les circonstances seront appréciées par l'Etat requis.

Article 15

Si l'individu réclamé est poursuivi ou condamné dans l'Etat requis pour une infraction autre que celle motivant la demande d'extradition, ce dernier Etat devra néanmoins statuer sur cette demande, mais la remise de l'inculpé pourra être différée jusqu'à ce qu'il ait satisfait à la justice de l'Etat requis.

Cette disposition ne fera pas obstacle à ce que l'intéressé puisse être temporairement remis à l'Etat requérant, aux fins de poursuites. Dans ce cas, il devra être renvoyé, dès que les autorités judiciaires de l'Etat requérant auront statué, à moins que l'Etat requis ne renonce ultérieurement au renvoi.

Article 16

L'individu qui aura été livré ne pourra être ni poursuivi, ni jugé pour une infraction antérieure à la remise autre que celle ayant motivé l'extradition. Il sera toutefois possible de prendre les mesures indispensables, selon la législation de l'Etat requérant, pour permettre de demander l'extension de l'extradition ou d'interrompre la prescription. En aucun cas, l'extradé ne pourra faire l'objet d'une mesure restrictive de liberté, quelle qu'elle soit.

Les dispositions restrictives prévues à l'alinéa précédent ne trouvent pas application:

- 1^o) lorsque l'extradé est arrêté sur le territoire de l'Etat qui a obtenu l'extradition plus de trente jours après son élargissement, à condition que son départ ait été possible;
- 2^o) lorsque l'Etat qui l'a livré accepte l'extension de l'extradition. Cette extension sera accordée lorsque l'infraction pour laquelle elle est demandée entraîne elle-même l'obligation d'extrader aux termes de la présente Convention, sans que toutefois il soit tenu compte du montant des peines prévues à l'article 3. A toute demande d'extension devra être joint, outre les pièces prévues au deuxième alinéa de l'article 8, un procès-verbal judiciaire consignait les déclarations de l'extradé sur l'extension de l'extradition, et mentionnant la possibilité qui lui a été donnée d'adresser un mémoire en défense aux autorités de l'Etat requis.

Lorsque la qualification donnée au fait incriminé sera modifiée au cours de la procédure, l'individu extradé ne sera poursuivi ou puni que dans la mesure où la nouvelle qualification permettrait l'extradition.

Artikel 17

Die Zustimmung des ersuchten Staates ist außer in den Fällen des Artikels 16 Abs. 2 Nr. 1 erforderlich, wenn der Ausgelieferte an einen dritten Staat weitergeliefert werden soll.

Artikel 18

Ist die der Auslieferung zugrunde liegende strafbare Handlung nach dem Strafgesetz des ersuchenden Staates mit der Todesstrafe bedroht und diese Strafe in dem Gesetz des ersuchten Staates nicht vorgesehen, so kann dieser bei der Auslieferung empfehlen, daß eine etwa verhängte Todesstrafe in die Strafe umgewandelt wird, die ihr nach dem Gesetz des ersuchenden Staates in der Abstufung der Strafen unmittelbar folgt.

Artikel 19

Die in dem ersuchten Staat durch ein Auslieferungsverfahren entstehenden Kosten werden, soweit nicht durch diesen Vertrag oder besondere Vereinbarung ein anderes bestimmt ist, von dem ersuchten Staat getragen.

Indessen trägt der ersuchende Staat im Falle der Auslieferung aus einem außereuropäischen Gebiet alle zwischen diesem Gebiet und dem europäischen Gebiet des ersuchten Staates aufzuwendenden Kosten. Bei deren Berechnung ist die wirtschaftlichste Überführungsart zugrunde zu legen.

Artikel 20

Die Durchlieferung eines Ausländers durch das Gebiet eines der Vertragschließenden an den anderen wird auf einen auf diplomatischem Wege zu stellenden Antrag bewilligt.

Zu dessen Begründung sind die für den Nachweis erforderlichen Unterlagen darüber vorzulegen, daß es sich um eine Straftat handelt, die eine Auslieferungspflicht nach den Bestimmungen dieses Vertrages begründet. Die in Artikel 3 hinsichtlich der Strafhöhen bestimmten Voraussetzungen bleiben unberücksichtigt.

Wird der Luftweg benutzt, so gelten folgende Bestimmungen:

1. Ist keine Zwischenlandung vorgesehen, so unterrichtet der ersuchende Staat den Staat, dessen Gebiet überflogen wird, und bestätigt das Vorliegen einer in Artikel 8 Abs. 2 genannten Urkunden. Im Falle unvorhergesehener Zwischenlandung hat diese Mitteilung die Wirkung eines Ersuchens um vorläufige Verhaftung im Sinne des Artikels 9. Der ersuchende Staat stellt in diesem Fall einen Durchlieferungsantrag nach den Vorschriften des vorstehenden Absatzes.
2. Ist eine Zwischenlandung vorgesehen, so stellt der ersuchende Staat einen Durchlieferungsantrag.

Falls auch der um die Durchlieferung ersuchte Staat die Auslieferung begehrt, kann die Durchlieferung aufgeschoben werden, bis der Verfolgte dem Strafanspruch des um die Durchlieferung ersuchten Staates genügt hat. Die Vorschrift des Artikels 15 Abs. 2 ist anwendbar.

Die Kosten der Durchlieferung werden von dem ersuchenden Staat erstattet.

Artikel 21

Im Sinne dieses Vertrages bezeichnet der Ausdruck „Maßregel der Sicherung“ jede Maßnahme der Freiheitsentziehung, die durch ein strafgerichtliches Urteil neben oder an Stelle einer Strafe angeordnet wird, einschließlich Erziehungsmaßnahmen gegen Jugendliche.

Artikel 22

Dieser Vertrag findet Anwendung:
bezüglich Frankreichs

im Heimatgebiet einschließlich Algeriens und in den französischen überseeischen Departements;

Article 17

Sauf dans le cas prévu à l'article 16, 2^{me} alinéa 1^o), l'assentiment de l'Etat requis sera nécessaire pour permettre à l'Etat requérant de livrer à un Etat tiers l'individu qui lui aura été remis.

Article 18

Si l'infraction motivant l'extradition est punie de la peine capitale, d'après la loi de l'Etat requérant, et si cette peine n'est pas prévue par la loi de l'Etat requis, celui-ci pourra accompagner l'extradition de la recommandation que la peine capitale, si elle est prononcée, soit commuée en celle qui, d'après la loi de l'Etat requérant, la suit immédiatement dans l'échelle des peines.

Article 19

Les frais occasionnés dans l'Etat requis par une procédure d'extradition seront, sauf dispositions contraires prévues par la présente Convention ou par un accord particulier, supportés par l'Etat requis.

Toutefois, en cas d'extradition en provenance d'un territoire situé hors d'Europe, les frais occasionnés entre ce territoire et le territoire européen de l'Etat requis, seront mis à la charge de l'Etat requérant et calculés d'après le mode de transport le plus économique.

Article 20

L'extradition par voie de transit à travers le territoire de l'une des Parties Contractantes, d'un étranger livré à l'autre Partie, sera accordée sur demande adressée par la voie diplomatique.

A l'appui de cette demande, seront fournies les pièces nécessaires pour établir qu'il s'agit d'une infraction qui entraînerait l'obligation d'extrader. Il ne sera pas tenu compte des conditions prévues à l'article 3 et relatives au montant des peines.

Dans le cas où la voie aérienne sera utilisée, il sera fait application des dispositions suivantes:

- 1^o) Lorsqu'aucun atterrissage ne sera prévu, l'Etat requérant avertira l'Etat dont le territoire sera survolé, et attestera l'existence d'une des pièces prévues au deuxième alinéa de l'article 8. Dans le cas d'atterrissage fortuit, cette notification produira les effets de la demande d'arrestation provisoire visés à l'article 9 et l'Etat requérant adressera une demande de transit dans les conditions prévues aux alinéas précédents.
- 2^o) Lorsqu'un atterrissage sera prévu, l'Etat requérant adressera une demande de transit.

Dans le cas où l'Etat requis du transit demandera aussi l'extradition, il pourra être sursis au transit jusqu'à ce que l'individu réclamé ait satisfait à la justice de cet Etat, sous réserve de l'application de l'alinéa 2 de l'article 15.

Les frais de transit seront remboursés par l'Etat requérant.

Article 21

Au sens de la présente Convention, l'expression „mesures de sûreté“ désigne toutes mesures privatives de liberté, y compris les mesures de rééducation à l'égard des mineurs délinquants, qui ont été ordonnées, en complément ou en substitution d'une peine, par jugement d'une juridiction répressive.

Article 22

La présente Convention sera applicable;
— en ce qui concerne la France:

au territoire métropolitain, y compris l'Algérie, et aux départements français d'Outre-Mer;

bezüglich der Bundesrepublik Deutschland

im räumlichen Geltungsbereich des Gesetzes, durch das dieser Vertrag ratifiziert wird.

Der räumliche Geltungsbereich des Vertrages kann durch Notenwechsel zwischen den beiden Regierungen erweitert werden.

Artikel 23

Der Vertrag findet auf strafbare Handlungen Anwendung, welche nach dem 8. Mai 1945 begangen worden sind.

Artikel 24

Um Schwierigkeiten zu beheben, die aus der Anwendung dieses Vertrages entstehen können, werden die Vertragschließenden durch unmittelbare Absprache Zusammenkünfte der Vertreter ihrer Ministerien des Auswärtigen und der Justiz vereinbaren.

Kommt keine Einigung zustande, so benennt jeder der Vertragschließenden einen Schiedsrichter.

Kommen die beiden Schiedsrichter zu keiner Einigung, so wählen sie einen dritten, der bei Stimmgleichheit den Ausschlag gibt.

Kommt eine Einigung über die Wahl des dritten Schiedsrichters nicht zustande, so kann dieser durch den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ernannt werden.

Artikel 25

Frühere zweiseitige Auslieferungsabkommen zwischen Frankreich und Deutschland treten außer Kraft.

Dieser Vertrag ist zu ratifizieren und tritt nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft, welcher so bald wie möglich in Bonn erfolgen soll.

Der Vertrag bleibt bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage an in Kraft, an welchem einer der Vertragschließenden ihn kündigt.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in französischer und deutscher Sprache, deren beider Wortlaut in gleicher Weise maßgebend ist,

in Paris, am neunundzwanzigsten November eintausend-neunhunderteinundfünfzig.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland
gezeichnet:

W. Hausenstein
H. Ebh. Rotberg

Für die Regierung
der Französischen Republik
gezeichnet:

Serres
de Bonnefoy

— en ce qui concerne la République Fédérale d'Allemagne:
au territoire auquel s'appliquera la loi portant ratification de la présente Convention.

Son application territoriale pourra être étendue par un échange de lettres entre les deux Gouvernements.

Article 23

La Convention s'appliquera aux faits commis depuis le 8 mai 1945.

Article 24

Les Parties Contractantes conviendront, par entente directe, de réunions de représentants de leurs Ministères des Affaires Etrangères et de la Justice, aux fins d'aplanir les difficultés que pourrait soulever l'application de la présente Convention.

En cas de désaccord, chacune des Parties Contractantes désignera un délégué chargé d'arbitrer les litiges.

Au cas où ces deux délégués ne pourraient se mettre d'accord, ils désigneront un troisième arbitre chargé de les départager.

Enfin, si l'accord ne pouvait se faire sur la désignation du troisième arbitre, celui-ci pourrait être nommé par le Président de la Cour Internationale de Justice.

Article 25

Les traités bilatéraux conclus antérieurement entre la France et l'Allemagne, relatifs à l'extradition, sont abrogés.

La présente Convention sera ratifiée et elle entrera en vigueur dès l'échange des ratifications qui aura lieu à Bonn aussitôt que faire se pourra.

Elle demeurera en vigueur jusqu'à l'expiration d'une année à compter du jour où l'une des Parties Contractantes aura déclaré vouloir en faire cesser les effets.

En foi de quoi les Plénipotentiaires respectifs ont signé la présente Convention et y ont apposé leur sceau.

Fait à Paris, le vingt neuf novembre mil neuf cent cinquante et un, en double exemplaire, dans les langues française et allemande, chacun des deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République Française
signé:

Serres
de Bonnefoy

Pour le Gouvernement
de la République Fédérale d'Allemagne
signé:

W. Hausenstein
H. Ebh. Rotberg

Generalkonsulat der
Bundesrepublik Deutschland

Paris, den 28. November 1951

Herrn
Präsident Robert Schuman
Minister für Auswärtige Angelegenheiten
Paris

Unter Bezugnahme auf das Abkommen über die Auslieferung von Rechtsbrechern, welches heute zwischen der Französischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland geschlossen wird, beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Bundesregierung bereit ist, die Anwendung des genannten Abkommens auf Berlin zu erstrecken.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

gez. Hausenstein
Geschäftsträger der Bundesrepublik Deutschland

(Übersetzung)

Ministère des Affaires Étrangères
Liberté — Égalité — Fraternité
République Française

Paris, le 29 novembre 1951

Monsieur Hausenstein
Chargé d'Affaires
de la République Fédérale d'Allemagne
à Paris

Monsieur le Chargé d'Affaires,

Me référant à la convention relative à l'extradition des malfaiteurs qui vient d'être conclue aujourd'hui entre la République Fédérale d'Allemagne et la République Française, j'ai l'honneur de vous faire savoir que le Gouvernement de la République est disposé à étendre à Berlin l'application de ladite Convention.

Veillez agréer, Monsieur le Chargé d'Affaires, les assurances de ma haute considération.

signé: Serres

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
Freiheit — Gleichheit — Brüderlichkeit
Französische Republik

Paris, den 29. November 1951

Herrn Hausenstein
Geschäftsträger der Bundesrepublik Deutschland
Paris

Herr Geschäftsträger,

Unter Bezugnahme auf das Abkommen über die Auslieferung von Rechtsbrechern, welches heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik geschlossen wird, beehre ich mich, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Republik bereit ist, die Anwendung des genannten Abkommens auf Berlin zu erstrecken.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Geschäftsträger, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.

gez.: Serres